

Energiewende-Ende für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

- Stromerzeugung in Frankreich (KK/EPR-Flamanville)
- CO2-Steuer – allgemeines
- CO2-Steuer zielt auf die Vernichtung der konventionellen Stromerzeugung
- Bewertung des Sondergutachtens der Bundesregierung zur CO2-Bepreisung
- Verfechter einer CO2-Steuer in der CDU
- Facebook-Freundschaftsanfrage: U-Boot oder nur fehlgeleiteter Nimby?
- Dr. Weigand, MdL AfD Sachsen Energiewende-U-Boot oder Paulus
- Waldretter-pur - gefunden auf Twitter und Voltaik-Werbung auf Facebook.

Stromerzeugung in Frankreich (KK/EPR-Flamanville)

(EPR ist der Reaktortype mit Kernschmelz-Auffangbehälter)

Mit wegbrechender Kraftwerkskapazität bei uns kommt immer wieder die Diskussion um Versorgung aus dem Ausland und EU-weites Erzeugungskonzept hoch. Zwangsläufig ist die Entwicklung in Frankreich in dem Kontext relevant.

F hängt zu ¾ von Kernkraft ab, wobei der letzte neu gebaute Reaktor vor 2000 ans Netz ging und der erste EPR (1 in China in Betrieb, 1 in Finnland in Probetrieb, 1700 MW Leistung) seit Ende 2007 in Bau ist und der Probetrieb (nach Schweißnahtproblemlösungen bis Ende 2022) nach dem Erstladen frühestens Ende 2023 beginnen kann (wenn nicht neue Probleme von der Französischen Atomsicherheitsbehörde ASN festgestellt werden).

Seit nunmehr über 7 Jahren verzögert sich die Fertigstellung des EPR immer wieder bedingt durch technische Ergänzungsforderungen der ASN, was fatal an die Entwicklung beim BER oder aber auch beim Deutschen schnellen Brüter vor 1990 erinnert: Ein Prüfbehörde verhindert eine Inbetriebnahme. Nicht auszuschließen ist, dass der EPR-Flamanville überhaupt nicht mehr ans Netz geht so wie 1989 der deutsche schnelle Brüter in Kalkar.

Damit befände sich Frankreich in einer absoluten Stromversorgungs-KO-Situation, denn das Scheitern wird die Nuke-Gegner weiter beflügeln und bei weiter wachsenden „Sicherheits“-Ansprüchen der ASN werden immer mehr alte Kernkraft-Anlagen in Frankreich still gelegt werden müssen und Alternativen hat F nicht. Von Kohle hat man sich verabschiedet. Fracking hat man verboten. Man verfügt zwar über 4 LNG-Terminals, aber der Gas-Anteil in der Strom-Erzeugung liegt bei 7% und damit unter fernem liefern.

Bei dem weiter zunehmenden Druck der Ökofaschisten in F möchte die Situation dort bald ebenso problematisch sein und D sollte besser nicht auf ein Backup aus F setzen.

CO2-Steuer – allgemeines

Der massive Druck in Richtung einer CO2-Steuer-Einführung auf praktisch allen politischen und medialen Kanälen wird verstärkt und auch die Mehrheit der indoktrinierten Bundesbürger (siehe Vorbild aus dem MärchenRattenfänger von Hameln) scheint in diese Richtung zu tendieren, wenn man Äußerungen in Leserbriefen und in der individuellen Kommunikation folgt.

Dieser fehlgeleiteten Mehrheit scheint nicht klar zu sein, dass der größte Anteil der CO2-Emission aus ihrem eigenen Atem entsteht. Man sollte diese Narren – die Mehrheit der Bundesbürger – schlicht fragen, ob sie denn demnächst für jedes Aus-Atmen 1 Cent oder irgendeinen anderen Betrag bezahlen wollen. Man sollte sie aber auch befragen, was denn mit dem nicht zahlungsfähigen Bürger geschehen soll und sie auch darauf hinweisen, dass Fahrradfahrer – E-Biker ausgenommen - wegen der Intensivierung der Atmung mehr CO2 ausstossen und dementsprechend eine höhere CO2-Steuer bezahlen müssten.

An diesen Beispielen wird vielleicht die Absurdität dieses Steuer-Ansatzes evident. Aber es kommt noch viel schlimmer. Gehen wir einfach mal von dem Vorschlag der CDU – Union der Mitte aus (Kai Whittaker und Konsorten – siehe auch komplette Liste der bisher von uns identifizierten CO2-Steuer-Protagonisten in der CDU), die Steuer mit 60 €/t CO2 starten zu lassen, würde das z.B. bedeuten, dass die Rohbaukosten eines typischen Einfamilienhauses um ca. 15% steigen würden. Wieviel teurer Rindfleisch, Schweinefleisch oder ein Flug nach USA würden, konnten Sie ja bereits in der Bildzeitung lesen. Nun werden Sie sagen, berührt mich weniger. Warten Sie ab, die eigentliche Hiobsbotschaft kommt für Sie erst im nächsten Punkt. Bleiben wir zunächst mal bei 15% Kostensteigerung beim Einfamilienhaus. Diese 15% resultieren u.a. aus dem CO2 der Zementherstellung, der Ziegelsteine, des Kalks, der Dämmmaterialien und, und, und. Stellen wir uns nur mal vor, Sie bauen ein Haus in Aachen und könnten den Beton (wo Zement drin ist) aus Luxemburg, NL, B oder sogar F beziehen (D kommt wohl kaum noch in Frage). Wie soll denn nun der Preis für den Beton aus korrekt, d.h. CO2-Steuer enthaltend, ermittelt werden. Oder wäre das ein einfacher Weg, die deutsche Zementindustrie und die Betonmischer auf dem schnellsten Wege zu exekutieren. Es müsste also ein komplexes CO2-Steuertarif-Werk für Importe (man spricht schon von Grenzabgaben, zu differenzieren zu Zöllen) entwickelt werden, die bei deutscher Herstellung CO2-besteuert wären oder solche Komponenten enthielten. Natürlich käme dann im nächsten Schritt der Importeur-Anspruch, dass z.B. Zement in Frankreich hergestellt unter Nutzung der Kernkraft-Abwärme Vergünstigungen erhalten müsste gegenüber dem deutschen Zement, der mit rein fossil-thermischer Wärme gebrannt wird.

Jeder in den Mehrwertsteuer-Konten 19/20 der Buchhaltung halbwegs sachkundige oder in die Zoll- oder Intrastat-Abwicklung (der EU) involvierte hat eine Vorstellung über die Komplexität dieser Verfahren und kann

Energiewende-Ende für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

sich ausmalen, dass die verwaltungstechnische Komplexität einer CO₂-Besteuerung eine neue Dimension von Aufwand bedeutet.

Die über dieses Thema ernsthaft diskutierenden Politiker haben mit großer Mehrheit überhaupt keine Vorstellung darüber. Sie sind schlicht Narren. Es mag aber eine kleine aus dem o.g. Metier kommende kleine Minderheit aber sehr wohl begriffen haben, dass mit der CO₂-Steuer-Abrechnung die nächste Million von nicht Mehrwert schöpfenden Beschäftigten generiert wird (zusätzlich schon zu der im Fakepower-Metier tätigen. Zu all diesem Unheil kommt hinzu, dass nach den Erfahrungen der Sektsteuer (1914) und des Solidarzuschlages (1991) es bisher nie gelungen ist, eine einmal eingeführte Steuer wieder abzuschaffen. Haben wir also einmal die CO₂-Steuer, werden wir sie nie mehr los!

Es gilt also, mit dieser Erkenntnis alle Kraft auf die Verhinderung der CO₂-Steuer zu konzentrieren. Dieser Appel ergeht insbesondere an die Nimbys und an die Climate-Sceptics. Den letzteren dürfte klar langsam klar werden, dass die argumentative Widerlegung der AGW-These kaum in den nächsten 2 Jahren noch gelingen dürfte (in der Annahme, dass in diesem Horizont noch vor der BTW21 die Einführung droht). Der ersten Gruppe ist der nächste Punkt gewidmet.

CO₂-Steuer zielt auf die Vernichtung der konventionellen Stromerzeugung

Bevor wir hier in die berechnete Frage ableiten, woher der Strom denn dann überhaupt herkommen soll, sei hier einfach auf das Märchen von den Kaisers neuen Kleidern verwiesen. In der Analogie findet sich die Erklärung.

Im vorigen Artikel wurde die Größe 60€/t CO₂ genannt. Was bedeutet das für Kohlestrom?

Es gilt die Faustformel 10 €/t CO₂ ~ 1 Ct./kWh, was bedeutet, dass BK-Strom sich von ca. 2,5 Ct./kWh auf 8,5 Ct./kWh verteuert (also um 240%). Im Vergleich zur Verteuern des Einfamilienhaus-Rohbaus ist das unerträglich. Die Ursache für diese Diskrepanz ist der Zweck der Primär-Energieverwendung. Geht es ausschließlich um Sekundärenergie, also z.B. Strom oder Bewegungsenergie (Reisen, Transport) gibt es keine von der Steuer nicht betroffenen Nebenkosten und die Kostenexplosion tritt ein. Nun mögen die treibenden Politiker vielleicht noch der Idee nachhängen, es sei dem Wähler vermittelbar, dass er nur noch alle 5 Jahre eine Urlaubsflugreise bucht und ansonsten im Mittelgebirge oder am Baggersee in 30 km Entfernung, gut per Fahrrad noch zu erreichen, seine Ferien verbringt,; aber es trifft den Bürger an einer ganz anderen Stelle, nämlich an seiner Beschäftigung und in seinem Elementarbedürfnis "Überleben": Diese Kostensteigerung

- vernichtet für das Arbeitsleben erforderliche Mobilität
- macht die Klimatisierung (Beheizung) von Wohnraum zu einem unerschwinglichen Luxusgut.
- vernichtet weitergehend die Industrie.

Kann man sich noch Pendler-Pauschalen-Erhöhung vorstellen, so gilt das für Industrie-Strom nicht!

Eine Verdoppelung des Industriestrompreises (und das bedeutet die CO₂-Steuer bei den sogenannten EEG-privilegierten Verbrauchern) wird zwangsläufig zum schnellen flächendeckenden Exitus der industriellen Produktion führen.

Warum werden diese Konsequenzen völlig negiert? Diese Steigerung um 240% macht schlagartig das EEG obsolet, da der Preis des fossilen Stromes nun über dem Fakepower-Strom liegt (45% Dampfkraftregel etc. mal aussen vor) Damit sind die Fakepower Freaks den Subventionsmakel los und für dieses Ziel wird das CO₂-Steuer-Propagandarad gedreht.

Bewertung des Sondergutachtens zur CO₂-Bepreisung der Bundesregierung

Hier die entscheidenden Sätze aus der Kurzfassung:

- Ein einheitlicher Preis für den Ausstoß von Kohlenstoff würde sicherstellen, dass Emissionen immer dann unterlassen werden, wenn ihre Vermeidung günstiger ist als der Preis.
- Für eine wirksame Eindämmung der Erderwärmung wie für die Wahrung der volkswirtschaftlichen Kosteneffizienz ist ein global koordiniertes, gemeinsames Vorgehen unverzichtbar: Deutschland und die Europäische Union (EU) können selbst bei vollständiger Rückführung ihrer Treibhausgas Emissionen nur einen sehr kleinen direkten Beitrag zur Eindämmung der Erderwärmung leisten. Daher muss die globale Koordination ein wesentliches Element der deutschen Klimapolitik sein und eine Bewegung in Richtung einer weltweit einheitlichen Bepreisung von Treibhausgasemissionen bewirkt werden.
- Es dürfte wenig hilfreich sein, wenn eine Vorreiterrolle angestrebt wird, die mit einer ehrgeizigeren Reduktion der Treibhausgasemissionen über das hinausgeht, was in internationalen Verträgen vereinbart wurde.
- Die auf europäischer Ebene festgesetzten Ziele machen an sich zusätzliche nationale Obergrenzen überflüssig, für die gesamte Volkswirtschaft, aber insbesondere für einzelne Sektoren. Dennoch hat Deutschland sich zahlreiche nationale Ziele für die Reduktion von Treibhausgasemissionen gesetzt. Die teuren umweltpolitischen Projekte, die Förderung durch das EEG und der Kohleausstieg betreffen allesamt Bereiche, die bereits durch den EU-ETS abgedeckt werden, und würden ohne entsprechende Begleitmaßnahmen nicht zu einer zusätzlichen Reduktion der EU-weiten Emissionen beitragen. Aus klimapolitischer Sicht sind sie daher zu hinterfragen.
- Eine einheitliche Bepreisung von CO₂ wäre zudem ein wichtiges Element des europäischen Binnenmarkts. Deutschland sollte darauf hinwirken, dass alle Mitgliedstaaten einer Ausweitung des EU-ETS zustimmen.

Damit ist prinzipiell eine Weichstellung empfohlen, die die Einführung einer CO₂-Steuer auf den St.Nimmerleinstag verschiebt, wenn sich die Politiker an die Empfehlung halten – was ich noch bezweifle.

NAEB e.V. Stromverbraucherschutz, <http://www.naeb.de>, info@naeb.info Fax 05247 702909, Berlin
Spenden an: NAEB e.V., Berliner Sparkasse, IBAN DE50100500006603157851

Energiewende-Ende für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

Allerdings enthält das Gutachten auch Brisanz:

- Um kurzfristig dennoch die für Deutschland zugeteilten Ziele für den Nicht-EU-ETS-Bereich auf eine effiziente Weise zu erreichen, ist daher als Übergangslösung eine separate Bepreisung im Nicht-EUETS- Bereich notwendig.

Hierauf würden sich die Gegner u.U. bei entsprechend hohem Druck einlassen, wenn man eine Fluchttür offen lässt.

In die Richtung einer noch stärkeren planwirtschaftlichen Volkswirtschaft zielt allerdings dieser Satz:

- Das Ziel der CO2-Bepreisung besteht primär darin, die CO2-Emissionen auf effiziente Weise zu reduzieren, nicht jedoch darin, zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren. Um in der Bevölkerung die Akzeptanz für die CO2-Bepreisung zu erhöhen, sollten die daraus erwachsenden Einnahmen zurückverteilt und dies sozial ausgewogen gestaltet werden

Insgesamt ist die Studie so formuliert, dass alle Interessenläger sie für sich interpretieren können. Allerdings dürften deutsche Alleingänge kaum zu begründen sein. Insofern sehe ich das Gutachten begrenzt positiv.

Verfechter der CO2-Steuer in der CDU

Dass sich die Grünen (Ökofaschisten) MdB eindeutig für eine CO2-Steuer aussprechen, ist selbstverständlich. Gleiches gilt auch für SPD, FDP, Linke und bemerkenswerterweise für die CSU. Die enge Verzahnung mit Voltaire und Biogas einerseits und auch der Schutz der ländlichen Bevölkerung durch 10H spielen hier gewiss eine Rolle.

In der CDU sind die eindeutigen individuellen Bekenntnisse zu einer CO2-Steuer noch begrenzt. Wir verfolgen die Äußerungen akribisch und bitte die NL-Leser, uns eindeutige auf unserer WEB-Site fehlende Bekundungen auf MdB und Regierungs-Ebene mitzuteilen.

Hier der aktuelle Stand (1~ Steuer, 2~Forcierung Zertifikate Regel, 3~beliibeige Anspannung)

Name/Vorname	Position	Klasse	Quelle	Datum
Dr. Althuesmann, Bernd	Min. NDS	1	Spiegel	Nr. 19
AKK, Annegret	RP	2	Spiegel	Nr. 19
Bouffier, Volker	MP Hessen	2	Hessenschau	7.5.
Brinkhaus, Ralph	MdB	3	Welt	6.5.
Günther, Daniel	MP Sachs.	1	Welt	6.5.
Hans, Tobias	MP Saarl.	1	WR	8.5.
Heilmann, Thomas	MdB	1	n-tv	3.6.
Heinen-Esser, Ursula	Min. NRW	1	Kölner St.Anz.	9.5.
Jung, Andreas	MdB	1	SZ	8.6.
Karliczek, Anja	Min. Bildung	2	Wallstreet Online	2.6.
Köppen, Jens	MdB	2	BT-Rede	25.4.
Kruse, Rüdiger	MdB	1	NDR	4.6.
Laschet, Armin	MP NRW	3	Welt	6.5.
Dr. Linnemann, Carsten	MdB	2	Eigenauskunft	Mai
Dr. Merkel, Angela	BK-in	3	Spiegel Online	14.5.
Dr. Pfeiffer, Joachim	MdB	2	Eigenauskunft	Mai
Prien, Karin	Min. SH	1	SZ	8.6.
Strobl, Thomas	MdL	2	RTL	6.5.
Weinberg, Marcus	MdB	1	NDR	4.6.
Wittaker, Kai	MdB	1	n-tv	3.6.

Facebook-Freundschaftsanfrage: U-Boot oder nur fehlgeleiteter Nimby?

Wir sind bei Facebook mit 2 Web-Sites vertreten und auch viele WK-Gegner tummeln sich da.



Energiewende-Ende für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

Am 29.6.19 erhielt ich eine Freundschaftsanfrage von Herrn X, befreundet mit zumindest einem weiteren NAEB-Vereinsmitglied (<https://www.naeb.info/Beitritt.htm>). Leider ergab die Suche auf seiner Facebook-Info-Seite keinerlei Hinweis auf seine Affinität zu unserem Thema Energiewende oder zu Anti-WKA. Also entwickelte sich folgender Messenger-Dialog

Ich: Was könnten unsere gemeinsamen Themen sein?

X: Der verlogene Klimaschutz und gescheiterte Energiewende, sowie Krank durch Windräder

Ich: Bedeutet "gescheiterte Energiewende", dass die anders gemacht werden müsste?

X: Ja, mit Verstand und Vernunft. Unabhängig von Politik und Lobbyismus.

Ich: Da sind wir in der Tat sehr weit auseinander!

X: Wie soll ich das verstehen?

Ich: Schauen Sie einfach bei NAEB

X: Aha, aus meiner Sicht sind wir vom Grundsatz schon auf einer Ebene. Ja, ich habe nochmal auf Ihrer Seite reingeschaut, der Grundsatz stimmt, da bin ich bei Ihnen. Wenn wir eine Energiewende benötigen würden, dann sollte man es mit Bedacht und Verstand und auch bezahlbar machen, dass habe ich mit meiner Aussage auch gemeint.

Ich: Verstehe ich nicht! Das bringt mir nichts.

Der Anfrager hat dann auch nicht mehr reagiert, so dass ich seine Intention nicht erkennen konnte. Vielleicht verstehen Sie es. Dass er sich für den Erhalt der Kohlekraftwerke einsetzen wird, schien mir unwahrscheinlich. Ich habe deshalb seine Freundschaftsanfrage gelöscht.

Dr. Weigand, MdL AfD Sachsen; Energiewende-U-Boot oder Paulus?

Auch die AfD hat mit Wackelkandidaten in Sachen Energiewende-Position zu kämpfen. Per Zufall stieß ich auf einen MdL in Sachsen, Dr. Weigand. Da ich eindeutige Positionierung für unverzichtbar halte, habe ich ihn direkt angemailt. Dr. Weigand ist im Anti-WKA-Lager engagiert. Da Dr. Weigand auf meine letzte Nachricht nicht mehr reagierte, kann ich das Fragezeichen nicht streichen.

Nachricht von mir:

Sehr geehrter Herr Dr. Weigand, MdL

Ich fand diesen Text bei der Freien Presse im Internet:

*AfD-Landtagsabgeordneter Rolf Weigand aus Kleinvoigtsberg bot seine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung an. "Nun müssen den Worten Taten folgen. Jetzt sind alle Bürger gefragt, gegen die geplante Errichtung der Windkraftanlagen in unserem Stadtgebiet zu kämpfen", so Weigand. Er erinnerte daran, dass Bayern als einziges Bundesland eine Abstandsregelung festgelegt hat. Demnach muss der Abstand zur Bebauung mindestens so lang wie die zehnfache Höhe der Windräder sein. "In Sachsen ist das leider verpasst worden. Und jetzt gibt es keine Möglichkeit mehr, das auf Landesebene zu ändern", sagte Weigand. Er selbst habe eine **geteilte Meinung zu erneuerbarer Energie**. "Aber so wie es bundespolitisch umgesetzt wird - beispielsweise ist keine Speicherkapazität vorhanden - , ist es Irrsinn." Weigand rief die Bürger auf, Petitionen an das Landratsamt ... jetzt folgt der übliche Nimby-Quatsch*

Die AfD hat inzwischen eine klare Position zur Energiewende bezogen. Herr Höcke hat das noch in Cottbus am 13.7. in 4:30 Min exzellent formuliert. Ihre Position „geteilte Meinung“ ist bei einer mehr als Verdoppelung der deutschen Stromkosten in den knapp 20 Jahren des Energiewende-Versuchs nur als absolut realitätsfremd einzustufen. Es ist auch nicht verständlich, dass man mit einer solchen Position noch als Direkt-Kandidat erneut zur Wahl aufgestellt wird.

Eine kurzfristige Stellungnahme wird dringend erbeten um auszuschließen, dass es sich hier um Fakenews handelt. Selbstverständlich helfen wir gern bei der Gewinnung einer Physik-orientierten Sicht auf diesen Unfug. MfG/Regards ... Diese Nachricht ist öffentlich.

Antwort von Dr. Weigand

Betreff: AW: Ihre Nimby-Position zur Energiewende lt. Freie Presse.

Sehr geehrter Herr Duepmann, ich würde Ihnen gern ausführlich antworten, dies setzt jedoch einen vernünftigen Ton voraus, den ich ein wenig vermisste. Der Artikel ist vom August 2018, seitdem habe ich meinen Blick dazu noch weiter geschärft.

Zweifel an meiner Aufstellung als Direktkandidat können Sie gern an den KV Mittelsachsen stellen.

Übrigens habe ich bei der Kommunalwahl im Mai 2019 folgendes plakatiert: „Bürger ernst nehmen: Ausbau-Wahnsinn stoppen!“ Im Hintergrund waren Windkraftanlagen zu sehen.

Damit habe ich die meisten Stimmen aller Bewerber für den Kreistag auf mich vereinigt.

Bei 02:03 min beantworte ich übrigens das Thema Energieträger der Zukunft:

<https://kandidatencheck.mdr.de/?kandidat=6848&wahlkreis=19>

Mit freundlichem Glückauf! Dr. Rolf Weigand; Mitglied des Sächsischen Landtages

Sehr geehrter Herr Dr. Weigand,

es wäre der Sache dienlich, wenn Sie in wenigen Sätzen Ihre Position zur Stromversorgung (Energiewende) und auch zur CO2-Steuer formulieren würden. Zu Ihrem KandidatenCheck-Quiz halte ich Ihnen selbstverständlich die Voreingenommenheit bzw. Inkompetenz der Interviewerin zugute, sonst würde ich darauf so antworten:

--Seit 40 Jahren wird behauptet, dass in 40 Jahren das Öl zu Ende und der Fusionsreaktor fertig ist (beides

NAEB e.V. Stromverbraucherschutz, <http://www.naeb.de>, info@naeb.info Fax 05247 702909, Berlin

Spenden an: NAEB e.V., Berliner Sparkasse, IBAN DE50100500006603157851

Energiewende-Ende für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

werden Sie nicht mehr erleben, ich eh nicht)

--es gibt kein landesspezifisches PE-Verfahren, im Strombereich ist der kleinste Regelkreis die Regelzone – wir haben davon in D vier.

-- Braunkohle allein ist auch im Strombereich nicht sinnvoll. Man braucht verschiedene PE-Typen für Grundlast-, Mittellast- und Spitzenlast. Vielen Dank! ,MfG/Regards

Ob Dr. Weigand ein Nimby ist, ist damit weiterhin unklar. Er votiert zwar für die Braunkohle, aber er träumt auch von nuklearer Energie (Fusionsreaktor). Warum? Wegen dem AGW? Man kann spekulieren, dass für ihn die Braunkohle-Arbeitsplätze der Treiber sind – nicht eine ökonomische Stromversorgung.

Waldretter-pur - gefunden auf Twitter und Voltaik-Werbung auf Facebook.

Allerdings böte die Fläche rechts von schönen Einfamilienhäusern reichlich Platz für WKA – mal sehen, was der



Waldretter dann noch für ein Schild daneben stellt.

Man beachte im folgenden Bild den Text im roten Banner. Soll der suggerieren, dass der typische Voltaiker Haus, Auto und Boot besitzt?

AROUNDHOME.DE/SOLARANLAGE

☀ Juni 2019: Preissturz Solaranlagen + Speicher

Kostenlos Angebote unverbindlich anfragen, vergleichen & sparen!

MEHR DAZU

Alle Rechte NAEB e.V.

Verantwortlich: Duepmann

Quellen: diverse, überwiegend eigen recherchiert.